

PIERRE SIMONITSCH

Weltwirtschaft im Umbruch

Wirtschaft und Politik sind untrennbar miteinander verbunden und bestimmen sich gegenseitig. Beide befinden sich gegenwärtig im Westen wie im Osten in einem Umwandlungsprozeß, dessen Ausgang die zwischenstaatlichen Beziehungen der nächsten Jahrzehnte bestimmen wird. Die bestehenden militärischen Bündnisse und wirtschaftlichen Blöcke sind zu eng geworden, weil sie den Gegebenheiten nicht mehr entsprechen. Die „Politik am Rande des Abgrunds“, während der sich die Nationen zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs wie Schafe unterm Gewitter aneinanderdrückten, scheint endgültig abgeschrieben zu sein. Darum ist es nicht verwunderlich, daß gerade auf unserem alten Kontinent der vielen Grenzen sich die Allianzen zu lockern beginnen. Ein weiteres Phänomen, dessen Wirkung nicht unterschätzt werden darf, ist das Wiedererwachen Asiens, Afrikas und — in einer weniger spektakulären Manier — Südamerikas. Die jungen Völker entdecken ihr Bewußtsein und ihre relative Macht, was besonders anlässlich der großen UN-Welthandelskonferenz vom vergangenen Sommer in Genf, an der sich die 75 unterentwickelten Staaten zu einer unerwartet solidarischen Haltung zusammenfanden, augenscheinlich wurde. Es ist seither zu einer Redewendung geworden, daß sich die wahren internationalen Probleme nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Nord und Süd befinden.

Die Rolle des GATT

Zum Zeitpunkt, als die an der Welthandelskonferenz gegen den Willen des Westens beschlossene neue Welthandelsorganisation noch immer das Objekt eines verbissenen Tauziehens ist — die Vereinigten Staaten schlagen New York als Sitz der neuen Körperschaft vor, die blockfreien Staaten bestehen auf Genf —, hat sich das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), der „Klub der Reichen“, zu einer Wendung in seiner Politik durchgerungen. Die ursprüngliche Aufgabe der 1947 geschaffenen Organisation war die Ankurbelung des Warenaustausches zwischen den vom Krieg heimgesuchten Industriestaaten. Der Erfolg dieser Mission kann nicht bestritten werden, zumindest was den Handel zwischen den westlichen Nationen betrifft. Die in den letzten Jahren zur Unabhängigkeit gelangten Staaten Afrikas und Asiens konnten aber im GATT mit seinen konservativen Strukturen ihren Platz nicht finden, weil diese Körperschaft auf dem System der strikten gegenseitigen Konzessionen aufgebaut war. Die jungen, auf

schwachen Beinen stehenden Nationen sind jedoch zu einer protektionistischen Wirtschaft gezwungen, wenn sie selbst eine halbwegs funktionierende Industrie aufbauen wollen. Deshalb haben sie an der Welthandelskonferenz ihre politische Macht bewiesen und die Tätigkeit des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens fraglich erscheinen lassen.

Inzwischen haben sich die Gewitterwolken über der Villa „Le Bocage“ in Genf, dem Sitz des GATT, wieder verzogen — dank einem neuen Geist, der sich dort durchgesetzt hat. Man spricht jetzt viel von einer „Neuorganisation“. Eine moderne Tendenz, angeführt von relativ jungen Wirtschaftsfachleuten und Diplomaten, scheint den Konservatismus zu überflügeln. Die Ansicht, das GATT solle weiterhin den Handel zwischen den westlichen Industrienationen regeln, während sich die UNO um die Unterentwickelten kümmern möge, ist kaum mehr offen vertretbar. In diesen Tagen wurde der GATT-Konvention feierlich ein neues Kapitel angehängt, das, wenn es auch die „Dritte Welt“ noch lange nicht ans Ziel ihrer Wünsche bringt, wichtige Konzessionen beinhaltet und den unterentwickelten Ländern den Eintritt in den Klub erleichtert. Im Artikel 1 des neuen Kapitels figurieren neun Grundsätze zur Ankurbelung des Warenaustausches zwischen Entwicklungs- und Industriestaaten, die sich zum Teil mit den allgemeinen Prinzipien der Welthandelskonferenz decken. Dann folgen im Artikel 2 die Konzessionen, zu denen sich die im GATT vertretenen Industriestaaten bereitfinden. Zum Beispiel: Verpflichtung, keine zusätzliche steuerliche oder tarifäre Belastung auf jene Güter zu legen, deren Ausfuhr für die Entwicklungsländer von besonderem Interesse ist; dringendes Vorrecht eines Zollabbaus für diese Güter; Sicherung eines angemessenen Preisniveaus; Studium und Anwendung aller Mittel, die zu einer Verbrauchssteigerung führen können, usw. Maßnahmen einzelner Staaten, die diesen Verpflichtungen zuwiderlaufen, müssen dem GATT-Rat gemeldet werden, der auch das Schlichtungsgremium darstellt. Der dritte Teil des Abkommens sieht eine gemeinsame Aktion aller Mitgliedstaaten vor, die sich vor allem durch die Ausarbeitung von Entwicklungsplänen, einer Analyse der Beziehung zwischen Entwicklungshilfe und Warenaustausch, der Zusammenarbeit mit den Organen der Vereinten Nationen, der Aufstellung von Statistiken und der Einführung einer Marktforschung konkretisieren soll.

Das Abkommen muß allerdings von den einzelnen Mitgliedstaaten des GATT noch ratifiziert werden, um tatsächlich in Kraft zu treten. Aber ein Großteil der Industrienationen — darunter die EWG-Länder, die Skandinavier, Japan, die Schweiz, Österreich, Großbritannien, die USA und die Tschechoslowakei — liberalisierten bereits vor der Unterzeichnung des Abkommens auf unilateraler Basis die Einfuhr einer Reihe von Tropengütern und Rohstoffen, die freilich leider nicht immer mit den Hauptausfuhrprodukten der Entwicklungsländer identisch sind.

Ein „internationales Handelszentrum“

Eine weitere Initiative des GATT ist die Gründung eines sogenannten „Internationalen Handelszentrums“. Anfangs 1964, als sich die Abhaltung der keineswegs von allen Industriestaaten gewünschten Welthandelskonferenz nicht mehr verhindern ließ, gab das GATT-Sekretariat die Schaffung einer neuen Abteilung bekannt, die als wahres „Clearing-House“ des internationalen Handels besonders den ungeduldigen Entwicklungsländern mit Rat und Tat beistehen sollte. Der Hintergedanke war offensichtlich: Das Informationszentrum sollte die mit der Ordnung des Welthandels unzufriedenen Staaten der „Dritten Welt“ in das bereits gut eingespielte Gefüge des GATT hineinziehen und sie von der Gründung einer neuen Organisation abhalten.

Die Inbetriebnahme des Zentrums war überstürzt für den 1. Mai 1964 angekündigt worden. Zu diesem Termin waren jedoch die Vorbereitungen noch nicht weit

PIERRE SIMONITSCH

genug gediehen und das psychologische Gegengewicht zur Monsterkonferenz der Vereinten Nationen blieb aus. Tatsächlich begann das Internationale Handelszentrum in aller Bescheidenheit im Oktober zu funktionieren. Ein vorläufiger Drei-Mann-Betrieb unter der Leitung des Amerikaners *H. L. Jacobson*, dem eine Reihe Sekretariatsangestellte, Statistiker und Übersetzer aus dem Sitz des GATT zur Verfügung stehen, arbeitet an der Verwirklichung eines Programms in sechs Punkten:

1. Schaffung eines Dokumentationszentrums
2. Beantwortung eingegangener Anfragen durch einen Korrespondenzdienst
3. Publikation eines Quellenverzeichnisses für kommerzielle Informationen, das in erster Linie den Entwicklungsländern behilflich sein soll
4. Herausgabe eines regelmäßigen Bulletins
5. Ausarbeitung eines Handbuchs über die Möglichkeiten von Exportsteigerungen unter Beihilfe der nationalen Stellen
6. Aufstellung eines Schulungsprogramms zum Studium von Exportsteigerungsmethoden.

Bis Ende 1964 hatten 13 Staaten, darunter drei Nichtmitglieder des GATT, im neuen Handelszentrum Analysen über eventuelle Absatzgebiete für bestimmte Güter ausarbeiten lassen. Das Zentrum beantwortet alle Anfragen betreffend Preisniveau, Steuern, Zölle, Frachtspesen, Wirtschaftspolitik der Regierungen und Aufnahmefähigkeit der visierten Märkte kostenlos. Sollte seine Tätigkeit von Erfolg gekrönt sein, so könnte es bereits in naher Zukunft als Bindeglied zwischen dem beschlossenen Welt-handels- und Entwicklungsorgan der Vereinten Nationen und dem GATT wirken. Denn auch eine noch so mächtige neue Organisation wird sich noch einige Zeit auf das umfassende statistische Material des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens stützen müssen.

Der Ostblock entdeckt das GATT

Als sicheres Zeichen des eingeleiteten Liberalisierungsprozesses im Ostblock ist zu werten, daß sich gegenwärtig mehrere kommunistische Länder vor der Tür der zu neuer Dynamik erwachten zwischenstaatlichen Körperschaft anstellen, und es hat nicht den Anschein, als ob sich die Sowjetunion — offiziell ein erklärter Feind des GATT — diesem Treiben widersetzen würde. Die *polnische* Regierung hat bereits vor anderthalb Jahren die ersten Verhandlungen mit dem GATT-Sekretariat aufgenommen und Ende April 1964 offiziell um eine „aktivere Beteiligung an der Kennedy-Runde“ angesucht. In Wirklichkeit geht es um nicht weniger als um die Gewährung der GATT-Mitgliedschaft. Die Polen, die zur Zeit ein spezielles Arrangement genießen, sind bereit, zur Erreichung dieses Ziels politische Zugeständnisse zu machen. Es ist klar, daß sie die ganze Struktur ihrer zentral gelenkten Planwirtschaft bis zu einem gewissen Grad der freien Marktwirtschaft anpassen und die westliche Konkurrenz im Land zulassen müßten. Auf der anderen Seite winkt ihnen die Abschaffung aller administrativen Schikanen und eine weitgehende Aufhebung der Kontingentierung für Importe aus Polen im Westen, durch welche die Polen bisher zu einer Dumpingpolitik gezwungen waren, wenn sie sich die kostbaren westlichen Devisen verschaffen wollten. Obwohl vom technischen Standpunkt aus die Verhandlungen zwischen dem GATT-Sekretariat und der polnischen Regierung so gut wie abgeschlossen sind, ist ihr tatsächlicher Ausgang noch immer nicht abzusehen. Von welcher Seite die Angelegenheit insgeheim torpediert wird, ist bei dem komplizierten Mechanismus schwer festzustellen.

Eine Aufnahme Polens in das GATT würde einen Präzedenzfall darstellen, dem andere kommunistische Staaten zweifellos folgen würden. Diskrete Sondierungen haben bereits stattgefunden. Als einziges kommunistisches Land (wenn man von Kuba ab-

sieht) ist die *Tschechoslowakei* Vollmitglied des GATT. Seine Aufnahme geht aber schon auf die Epoche vor der kommunistischen Machtergreifung zurück, und während langer Jahre hat sich die Regierung in Prag kaum darum gekümmert, was in Genf vorging. So kam es für zahlreiche Beobachter überraschend, als am 16. November 1964 bei der Hinterlegung der Ausnahmelisten für die Kennedy-Runde ein Abgesandter aus Prag sich zu den westlichen Vertretern an den Tisch setzte und dem Exekutivsekretär die Offertenliste seiner Regierung überreichte. Der tschechische Vizeminister für Außenhandel, *Kohout*, hatte aber bereits im Mai 1963 im GATT-Rat angekündigt, sein Land würde an der Kennedy-Runde teilnehmen. Hand in Hand mit der nunmehr in Angriff genommenen Neuordnung der nationalen Wirtschaft, die eine weitgehende Liberalisierung darstellt, wird sich die tschechische Regierung ohne Zweifel auch einer Vergrößerung des Handelsvolumens mit dem Westen widmen. *Jugoslawien* genießt schon den Status eines provisorischen Mitglieds (wie z. B. auch die Schweiz), der über kurz oder lang zur Vollmitgliedschaft führen sollte. Allerdings hatte es Jugoslawien leichter als die anderen kommunistischen Staaten, weil es weder dem Warschauer Pakt noch dem Comecon angehört und seinen Außenhandel bereits weitgehend den Gepflogenheiten der freien Marktwirtschaft anpassen konnte.

Da sich die *Sowjetunion* den Bestrebungen der europäischen Volksdemokratien nicht widersetzt, schließt man offenbar in Moskau die Möglichkeit nicht aus, einmal selbst an die Pforte des GATT-Sekretariats zu klopfen. Im Augenblick stellt sich allerdings dieses Problem noch nicht; beinahe der Gesamtexport der Sowjetunion nach dem Westen besteht aus Rohstoffen, für die kein oder nur ein sehr geringer Zoll erhoben wird. Die sowjetische Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrie ist gegenwärtig noch weit davon entfernt, die nationalen Bedürfnisse zu befriedigen — geschweige denn mit den ausländischen Firmen auf dem Weltmarkt in Konkurrenz treten zu können.

Die Vision de Gaulles

Während die Briten schon seit Jahren einen florierenden Handel mit den Ostblockstaaten treiben, ist Frankreich erst ziemlich spät in das Geschäft eingestiegen — dann aber mit der für *de Gaulle* bezeichnenden Konsequenz. In den Kulissen der Welthandelskonferenz erfuhr man aus den Kreisen der französischen Delegation, der hochgestellte Persönlichkeiten angehörten, von einer bevorstehenden „Öffnung nach Osten“. Es war davon die Rede, jene kommunistischen Länder, die mit *Chruschtschows* „Integrationsplänen“ im Comecon unzufrieden waren (*Rumänien, Polen, Ungarn*, und im weiteren Sinne *Bulgarien*), mittels breiter Wirtschaftsabkommen gewissermaßen an den Westen anzuschließen. In der Zwischenzeit haben französische Minister und Diplomaten pausenlos die Ostblockstaaten bereist, während der rumänische Vizepremier *Birladeanu*, der bulgarische Außenminister *Bascheff*, der tschechoslowakische Außenminister *David*, der jugoslawische Außenminister *Popovic*, der Direktor im DDR-Ministerium für Außenhandel *Beil* und der sowjetische Minister für Außenhandel *Patolitschew* nach Paris kamen. Zweifellos stießen die französischen Unterhändler — unter ihnen *Edgar Faure*, der Wegbereiter der Anerkennung Pekings — in Moskau auf mehr Verständnis, als *de Gaulle* zu hoffen wagte, und durch die Aufgabe der Comecon-Integrationspolitik sind seine Pläne etwas modifiziert worden. Gleichzeitig mit dem Abschluß des massiven französisch-sowjetischen Handelsabkommens hat die sowjetische Presse einen Lobgesang auf die historische Freundschaft zwischen den beiden Staaten angestimmt, den sogar die hervorragende Pariser Tageszeitung *Le Monde* zuerst für einen im Trubel der Absetzung Chruschtschows entstandenen Irrtum hielt.

Deswegen von einer bevorstehenden Achse Paris—Moskau zu sprechen, ist absurd. Aber *de Gaulle* sieht die Zeit gekommen, den Grundstein zu seinem visionären „Europa

der Vaterländer" bis zum Ural zu legen, überstrahlt von der Vorherrschaft der französischen Kultur. Er meint, daß gerade die Respektierung der kommunistischen Regierungen und die Akzeptierung der nach dem letzten Krieg geschaffenen Verhältnisse den Nationen hinter dem „Eisernen Vorhang" hilft, ihre tatsächliche Eigenstaatlichkeit zu gewinnen. Durch vermehrte Handelsbeziehungen mit dem Westen würden die kommunistischen Länder überdies gezwungen, die zentral gelenkte Wirtschaft zu liberalisieren (das Beispiel Polens und der Tschechoslowakei erhärtet diese Theorie) und die Umklammerung des öffentlichen Lebens durch die Partei zu lockern. Seit im Herbst die französische Mission in Tirana und die albanische Vertretung in Paris in aller Stille zu Botschaften aufgewertet wurden, kann de Gaulle nun mit allen europäischen kommunistischen Staaten — außer der DDR — auf höchster diplomatischer Ebene verhandeln.

Nicht nur de Gaulle läßt sich die Ost-West-Beziehungen am Herzen liegen, sondern vor allem auch die Spezialorganisationen der Vereinten Nationen. Die *UN-Wirtschaftskommission für Europa* hat schon vor einiger Zeit eine spezielle Abteilung zum Studium des Ost-West-Handels geschaffen. Diese Abteilung unter dem Vorsitz des schwedischen Botschafters *Baron von Platen* hat im Dezember 1964 ihre ersten Arbeiten vorläufig abgeschlossen und den Regierungen eine Reihe von praktischen Vorschlägen unterbreitet. Denn der Handel zwischen Staaten mit verschiedenen Wirtschaftssystemen ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein technisches Problem. Immerhin könnte nach Ansicht Botschafter Platens der Warenaustausch zwischen den beiden Blöcken heute mindestens dreimal so groß sein als er ist, wenn es keinen „kalten Krieg" gegeben hätte. Dabei hat sich der Osthandel in den letzten Jahren außergewöhnlich stark entwickelt: Die EWG steigerte von 1959 bis 1963 ihre Ausfuhren nach dem Osten um 52 vH, die Einfuhren gar um 64 vH; die Europäische Freihandelsassoziation steigerte ihre Ausfuhren im gleichen Zeitraum um 48,3 vH und die Einfuhren um 39 vH. Mengemäßig setzt die EFTA mehr Waren im Osten ab (1963: 1134,5 Mill. Dollar) als die EWG (1963: 1081,3 Mill. Dollar), wobei die geographische und politische Lage mancher EFTA-Staaten eine Rolle spielt. Finnland zum Beispiel setzt 20,4 vH seiner Gesamtausfuhr im Osten ab, Österreich 14,8 vH.

Der Nonsens des zweigeteilten Westeuropas

Bei dieser Gelegenheit kann man an dem gefährlichen Nonsens der wirtschaftlichen Teilung Westeuropas nicht vorübergehen. Initiativen zur Lockerung der Handelshindernisse zwischen der EWG und der EFTA werden allenthalben sichtbar. In einer Rede vor der britischen Handelskammer in Paris hat kürzlich der EFTA-Generalsekretär *Figures* die Weitsicht des französischen Staatsoberhauptes, der sich nicht in die engen Grenzen des Gemeinsamen Marktes zwingen lassen könne, hervorgehoben und ihm die Zusammenarbeit mit der Freihandelsassoziation angeboten. Die engen Grenzen werden besonders von den kleineren europäischen Staaten, wie Österreich, Dänemark und die Schweiz, gespürt, weil sie quer durch ihr traditionelles Handelsgebiet laufen. Die Notwendigkeit einer internationalen Arbeitsteilung, einer Konzentration der Industrie, einer Rationalisierung von Forschung und Erzeugung — lauter Faktoren, von denen schließlich die Verbraucherpreise abhängen — spricht für ein einheitliches, von seinen Handelsschranken befreites Europa.

Dabei darf ein wichtiger Punkt nicht vergessen werden: Je komplizierter die zwischenstaatlichen Beziehungen, je umfassender die internationale Arbeitsteilung wird, um so unwahrscheinlicher werden kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern. Natürlich lassen sich so hochgesteckte Ziele nicht von einem Tag auf den andern erreichen. „Wir suchen keine spektakulären Initiativen", erklärte uns ein einflußreicher Verfechter des New Deal im GATT-Sekretariat, „sondern wir wollen langsam und ohne Aufsehen eine neue Entwicklung anbahnen."